



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Präsident des Deutschen Bundestages
– Parlamentssekretariat –
Reichstagsgebäude
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 11. November 2021

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau u. a. und der Fraktion DIE LINKE.
Antisemitische Straftaten im dritten Quartal 2021
BT-Drucksache 20/6**

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau u. a. und der Fraktion DIE LINKE.

Betreff: Antisemitische Straftaten im dritten Quartal 2021

BT-Drucksache 20/6

Vorbemerkung der Fragesteller:

Die Zahl der antisemitischen Straftaten bewegt sich in der Bundesrepublik Deutschland weiter auf einem hohen Niveau.

Es ist zu beobachten, dass der militante Rechtsextremismus unverhohlen zur Schändung jüdischer Einrichtungen aufrufen und jüdische Personen offen bedrohen kann. Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt äußerte sich beispielsweise über das Holocaust-Mahnmal in Berlin: „Für uns ist das kein Holocaust - Gedenkmal, sondern wir bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat.“ (ARD-Sendung „REPORT MAINZ“ vom 4. Oktober 2004).

Es ist aber auch zu beobachten, dass immer mehr Personen und Organisationen aus dem konservativen Lager und aus der Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus offen dazu übergehen, den Holocaust zu leugnen und antisemitische Hetze zu betreiben.

In seiner Abschiedsvorlesung am 21. Oktober 2010 im Lichthof der Technischen Universität Berlin äußerte Prof. Dr. Wolfgang Benz zu anderen Formen des Antisemitismus: „Akut ist der Antizionismus, der an sich nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden darf, sich aber durch fanatische Parteinahme gegen Israel und durch die Übernahme von judenfeindlichen Stereotypen und Argumentationsmustern (‚Weltherrschaftsstreben‘, Verschwörungsphantasien) zu einer aktuellen Sonderform der Judenfeindschaft entwickelt hat, die derzeit größte Verbreitung findet. Der Nahost-Konflikt hat mit der zweiten Intifada eine Dimension weitab vom eigentlichen Schauplatz Israel/Palästina erhalten. Die Solidarisierung junger Muslime mit den Palästinensern in Frankreich und Belgien, den Niederlanden und Großbritannien, Staaten mit einem verhältnismäßig großen Bevölkerungsanteil arabisch-islamischer Herkunft, äußert sich nicht nur in israelfeindlicher Propaganda und in Demonstrationen bis hin zu Ausschreitungen, es wird dabei auch traditioneller Antisemitismus instrumentalisiert.“

Vorbemerkung der Bundesregierung:

Die Fallzahlen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) aus dem laufenden Jahr haben vorläufigen Charakter und sind durch Nach- und Änderungsmeldungen noch Veränderungen unterworfen.

1. *Wie viel antisemitische Straftaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im dritten Quartal 2021 verübt (bitte nach Anzahl, Art und Motivation der Straftat und Bundesländern aufschlüsseln)?*

Zu 1.

Für das dritte Quartal 2021 wurden dem Bundeskriminalamt (BKA) über den KPMD-PMK insgesamt 418 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet, darunter waren fünf Gewalttaten sowie 49 Propagandadelikte (Stand: 5. November 2021). Eine Aufschlüsselung der Straftaten nach Art und Motivation der Straftat sowie nach Ländern ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle.

Land	PMK -rechts-		PMK -links-		PMK -ausländische Ideologie-		PMK -religiöse Ideologie-		PMK -nicht zuzu- ordnen-	
	Ge- walt- taten	Sons- tige Straf- taten	Ge- walt- taten	Sons- tige Straf- taten	Ge- walt- taten	Sons- tige Straf- taten	Ge- walt- taten	Sons- tige Straf- taten	Ge- walt- taten	Sons- tige Straf- taten
BB	1	21	0	0	0	0	0	1	0	0
BE	1	38	0	0	0	4	0	0	0	11
BW	0	15	0	0	0	1	0	0	0	4
BY	0	92	0	0	0	0	0	1	0	2
HB	0	6	0	0	0	0	0	0	0	0
HE	1	9	0	0	0	1	0	0	0	0
HH	0	6	0	0	0	0	0	0	0	0
MV	0	19	0	0	0	0	0	0	0	0
NI	0	37	0	0	0	0	0	0	0	2
NW	1	45	0	1	0	1	0	0	1	6
RP	0	15	0	0	0	0	0	0	0	2
SH	0	6	0	0	0	0	0	0	0	0
SL	0	7	0	0	0	0	0	0	0	0
SN	0	28	0	0	0	2	0	0	0	0
ST	0	16	0	0	0	0	0	0	0	2
TH	0	12	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	4	372	0	1	0	9	0	2	1	29

2. *Wie viele Tatverdächtige wurden nach Kenntnis der Bundesregierung wegen antisemitischer Straftaten im dritten Quartal 2021 festgenommen (bitte nach Bundesländern, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln)?*

Zu 2.

Zu den für das dritte Quartal 2021 erfassten 418 politisch motivierten Straftaten mit antisemitischem Hintergrund wurden bislang insgesamt 173 Tatverdächtige ermittelt. Es wurde eine Person festgenommen, ein Haftbefehl wurde erlassen. Die Aufschlüsselung nach Ländern, Art und Motivation der Straftaten ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen (Abfragedatum 29. Oktober 2021).

Land	PMK -rechts-			PMK -links-			PMK -ausländische Ideologie-			PMK -religiöse Ideologie-			PMK -nicht zuzuordnen-		
	T	VF	H	T	VF	H	T	VF	H	T	VF	H	T	VF	H
BB	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	15	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	6	0	0
BW	9	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	2	0	0
BY	22	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	2	0	0
HB	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
HE	6	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
HH	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
MV	8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NI	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
NW	17	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0
RP	9	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
SH	5	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SL	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SN	15	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
ST	13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
TH	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	152	1	1	0	0	0	6	0	0	0	0	0	14	0	0

T = Tatverdächtige, VF = vorläufige Festnahme, H = Haftbefehle; Abfragedatum:
5. November 2021.

3. *Wie viele Ermittlungsverfahren wurden nach Kenntnis der Bundesregierung wegen antisemitischer Straftaten im dritten Quartal 2021 eingeleitet (bitte nach Bundesländern, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln)?*
4. *In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung die Ermittlungen eingestellt (bitte nach Bundesländern, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln)?*
5. *Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung wegen antisemitischer Straftaten in diesem Zeitraum zu welchen Strafen verurteilt (bitte nach Bundesländern, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln)?*

Zu 3., 4. und 5.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

6. *Wie viele Personen wurden im dritten Quartal 2021 nach Kenntnis der Bundesregierung bei Überfällen mit antisemitischer oder zu vermutender antisemitischer Motivation*

a) *leicht verletzt*

b) *schwer verletzt bzw.*

c) *getötet*

(bitte nach Bundesländern und Motivation der Straftat aufschlüsseln)?

Zu 6., 6 a) bis c)

Im dritten Quartal 2021 wurden vier Personen (jeweils eine Person in Brandenburg und Hessen sowie zwei Personen in Nordrhein-Westfalen) infolge einer politisch motivierten Straftat mit antisemitischem Hintergrund verletzt (Abfragedatum 5. November 2021).

Drei der Personen wurden aufgrund von Straftaten, die dem Phänomenbereich PMK -rechts- zugeordnet sind, verletzt. Eine Person wurde aufgrund von Straftaten aus dem Phänomenbereich PMK -nicht zuzuordnen- verletzt.

Alle Personen wurden leicht und keine Person schwer verletzt. Es wurden keine Todesopfer gemeldet.

7. *Welcher materielle Schaden entstand nach Kenntnis der Bundesregierung bei den antisemitischen Straftaten (bitte nach Schadenshöhe, Art der Motivation und Bundesländern aufschlüsseln)?*

Zu 7.

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

8. *Wie viele Nachmeldungen hat es zu den unter 1-7 abgefragten Sachverhalten bis jetzt für das Jahr 2021 gegeben und wie verteilen sie sich auf die einzelnen Quartale?*

Zu 8.

Eine automatisierte Erhebung der Nachmeldungen für das Jahr 2021 ist in der zentralen PMK-Fallzahlendatei des BKA (LAPOS) nicht möglich. Aufgeführt werden daher die mit Abfragedatum 5. November 2021 im Unterthemenfeld „Antisemitisch“ vorliegenden PMK-Fallzahlen für das Jahr 2021. Für das Jahr 2021 wurden bislang insgesamt 1.850 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet, darunter waren 35 Gewalttaten und 209 Propagandadelikte.

Es wurden bislang 930 Tatverdächtige ermittelt. Es gab fünf Festnahmen, zwei Haftbefehle wurden erlassen.

Im Jahr 2021 wurden gemäß den Angaben des KPMD-PMK in Fällen Politisch motivierter Kriminalität 17 Personen infolge einer politisch motivierten Straftat mit antisemitischem Hintergrund verletzt. Diese 17 Personen wurden leicht und keine Person schwer verletzt. Es wurden keine Todesopfer gemeldet.

Für das erste Quartal 2021 wurden insgesamt 618 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet. Darunter waren acht Gewalttaten und 66 Propagandadelikte. Es wurden insgesamt 363 Tatverdächtige ermittelt. Es gab zwei Festnahmen. Ein Haftbefehl wurde erlassen.

Im ersten Quartal des Jahres 2021 wurden gemäß den Angaben des KPMD-PMK „Politisch motivierte Kriminalität“ drei Personen infolge einer politisch motivierten Straftat mit antisemitischem Hintergrund leicht verletzt. Es wurden keine Todesopfer gemeldet.

Im zweiten Quartal 2021 wurden insgesamt 814 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet. Darunter waren 22 Gewalttaten und 94 Propagandadelikte. Es wurden insgesamt 394 Tatverdächtige ermittelt. Es gab zwei Festnahmen. Haftbefehle wurden nicht erlassen.

Im zweiten Quartal des Jahres 2021 wurden gemäß den Angaben des KPMD-PMK zehn Personen infolge einer politisch motivierten Straftat mit antisemitischem Hintergrund leicht verletzt. Es wurden keine Todesopfer gemeldet.

9. *Welche gezielten bundesweiten Operationen der Polizei hat es wegen überregionaler antisemitischer Straftaten mit welchem Ergebnis gegeben?*

Zu 9.

Die Bundesregierung erteilt keine Auskünfte zu laufenden operativen polizeilichen Maßnahmen im Rahmen von Ermittlungsverfahren, um den Fortgang der Ermittlungen nicht zu gefährden. Aus dem Rechtsstaats- und Gewaltenteilungsprinzip folgt das Gebot, laufende Ermittlungen nicht durch die Preisgabe einzelner Erkenntnisse zu gefährden, um so den staatlichen Rechtsdurchsetzungsanspruch durch die hierfür zuständigen Organe der Rechtspflege zu gewährleisten.